



V.i.S.d.P: Hella Rehfisch, Frenzer
Driesch 48, 52459 Inden- Frenz
Tel.: 02423/7793, email:
buendnis90@gruene-inden.de,
Internet: www.gruene-inden.de

für INDEN
und seine
EinwohnerInnen

Haushaltssperre von Kommunalaufsicht bestätigt

Seit Ende 2015 forderten die Fraktionen von SPD, CDU und **Bündnis90/Die Grünen** mehrmals einen Nachtragshaushalt. Dieser wurde im Juni 2016 eingebracht, allerdings mit unschlüssigen Zahlen und drastischen Sparvorschlägen des Bürgermeisters. Darum beschloss der Gemeinderat mehrheitlich eine Haushaltssperre für das lfd. Jahr. Notwendige Auslagen waren davon ausgenommen. Allerdings wurde die Sperre vom Bürgermeister angefochten und somit bis zur Entscheidung der Kommunalaufsicht ruhend gestellt. Der Landrat bestätigte die Haushaltssperre, die somit am 06.09.16 in Kraft trat. Aus Sicht des Landrates wäre diese Sperre bereits zu einem früheren Zeitpunkt ratsam gewesen. Er empfahl sogar, sie noch weiter auszudehnen, da eine spürbare Entlastung der Haushaltslage erforderlich sei.



Gerechte Verteilung der Lasten nötig

Nur für die Grundsteuer B allein empfahl der Bürgermeister in der Vergangenheit eine äußerst drastische Erhöhung. Wir sind nicht bereit solche Erhöhungen für Mieter und Eigentümer zu beschließen. Von weiteren Erhöhungen der anderen Steuerarten sprach der Bürgermeister nicht. Das werden wir nicht mittragen. Die Lasten dürfen nicht nur einseitig auferlegt werden, sie müssen von möglichst vielen Schultern getragen werden.

Evtl. 2017 Fördergelder für die Dorfentwicklung Schophoven

In diesem Jahr wurden Fördergelder für die Planung zur Dorfentwicklung Schophoven beantragt. Da die Politik über einen wichtigen Abgabetermin nicht informiert war, konnte auch kein Beschluss gefasst werden, der den entsprechenden Eigenanteil von 1.900 € trotz Haushaltssperre freigab. Für diesen unglücklichen Umstand nun SPD, CDU und **Bündnis90/Die Grünen** verantwortlich zu machen, ist unredlich, wahrheitsverzerrend und absolut schlechter Stil seitens der UDB. Evtl. kann die Gemeinde die Fördergelder in diesem Jahr noch durch eine Nachbewilligung erhalten. Ansonsten wird der Antrag für 2017 gestellt.

Vorwurf ist ungerechtfertigt

Der Bürgermeister wirft den Politikern von SPD, CDU und **Bündnis 90/Die Grünen** eine Blockadehaltung vor, da Aufträge nicht unverzüglich vergeben werden. Nicht erst seit der Haushaltssperre, aber jetzt umso intensiver sind wir verpflichtet, alle Ausgaben auf den Prüfstand zu legen. Darum sind umfassende Informationen notwendig. So sah z.B. die Verwaltung die Vergabe eines Auftrages vor, der evtl. nicht von der Gemeinde gezahlt werden muss, da es sich um einen Versicherungsfall handeln könnte. Es ist unsere legitime Aufgabe solche Dinge zu überprüfen und aufzuklären.

Bauland in Frenz muss Hürden überwinden

Auf unseren Antrag hin, gab es im Ausschuss einen Bericht zum Bauland Frenz. Demnach darf auf dem Frenzer Sportplatz grundsätzlich nur Wohnraum für die Frenzer Bevölkerung geschaffen werden. Mit der Entwässerung gibt es keine Probleme, das Schmutzwasser wird nach Lamersdorf abgeführt, das Regenwasser wird der Inde zugeführt. Zum Baugebiet liegen der Gemeinde zwei Gutachten vor. Ein Artenschutzgutachten befasst sich lediglich mit dem Steinkauz und seinem Futterhabitat. Hier könnten u.a. Obstwiesen eine Lösung bieten. Für andere schützenswerte Tiere (z.B. Fledermaus) gibt es keine Artenschutzprüfung. Das zweite Gutachten befasst sich mit den Altlasten im Boden. Bei einigen Bodenproben liegen die Arsen-, Blei- und Zinkwerte über den Prüfwerten für Wohngebiete. Die dort liegenden Schwermetallwerte, die von der ursprünglich fließenden



Inde stammen sollen, liegen zwar unterhalb der Grenzwerte für Grünflächen in Parkanlagen, aber nicht unterhalb der Grenzwerte für Kinderspielplätze. Lt. Gutachten könnten diese Probleme durch Bodenaustausch oder eine Überdeckung gelöst werden. Die Zeitschiene sieht vor, dass im Jahr 2018 mit der Erschließung begonnen werden soll.

Allerdings ist zuvor noch eine weitere wichtige Lösung zu finden. In der Nachbarschaft des Sportplatzes befindet sich ein Biobauernhof. Die Eigentümer hatten vor wenigen Wochen einen Bauantrag (eine Überdachung für Hühner) gestellt. Um für weitere Gutachten Zeit zu gewinnen, riet die Verwaltung der Politik vorübergehend eine „Veränderungssperre“ zu beschließen. Diese ist auf max. 2 Jahre begrenzt und kann jederzeit vom Rat wieder aufgehoben werden. Bei einer Gegenstimme von **Bündnis90/Die Grünen** wurde die Sperre mit Mehrheit ausgesprochen. Nun können die Eigentümer keinerlei bauliche Veränderungen wie z.B. eine energetische Sanierung an ihrem Eigentum vornehmen. Umso dringender ist es, diese Veränderungssperre möglichst schnell wieder zurückzunehmen. Darum gilt es nun eine Möglichkeit zu finden, sowohl die Interessen des Landwirtes als auch die Realisierung des Baugebietes in Einklang zu bringen. Ein Ziel das von allen Fraktionen angestrebt wird.



Standortfrage für 8 Mobilheime ist schwierig

Flüchtlinge in Inden sind in Wohnungen, Wohnmobilen und in Containerunterkünften untergebracht. Vor Monaten wurden aufgrund der Flüchtlingswelle in den Niederlanden mehrere Wohnmobile gekauft; 6 stehen in Frenz, 7 in Lamersdorf. Weitere 8 Mobilheime stehen noch in den Niederlanden auf Abruf bereit. Bei einem der letzten Besuche von **Bündnis90/Die Grünen** stellten wir in den Indener Unterkünften erhebliche Mängel fest. Wir hielten es für erforderlich, dass sich Politiker aller Indener Fraktionen diese Unterkünfte ansehen und sich vom Asylkreis näher informieren lassen. Darum beantragten wir die Einberufung einer zeitnahen Sitzung des Sozial- Sport- und Kulturausschusses (SSK). Nach einigen Diskussionen wurde dann in der Ratssitzung mit dem 05.10.16 ein entsprechender Termin gefunden. Damit sich die Politiker ein eigenes Bild vor Ort machen können, bevor sie eine endgültige Entscheidung treffen, waren auch wir für die Vertagung der Standortfrage bis nach der SSK- Sitzung. Die Standgebühr für alle 8 Mobilheime beträgt insgesamt ca. 300,- € mtl. Dies sollte es uns wert sein, eine möglichst gerechte Lösung für die Indener Bevölkerung und die Flüchtlinge zu finden. Von der UDB- Fraktion wurden diese Kosten als Verschwendung angesehen. Die Nachteile, die ein weiterer Standort in der Merödgener Str. mit sich bringt, wie eine nicht gewünschte Ghettobildung, werden scheinbar nicht gesehen. Das Überprüfen auch anderer Möglichkeiten wird sofort als Blockadepolitik angesehen. Die z. Zt. schlechteste und auch die teuerste Unterbringungsmöglichkeit ist die Containeranlage. Darum hatten wir in der Vergangenheit einen Rückbau zumindest der oberen Etage in Erwägung gezogen und dies auch entsprechend kommuniziert. Sobald die Flüchtlingszahlen dies zulassen, werden wir uns auf jeden Fall wieder dafür einsetzen. Wir sollten auf jeden Fall versuchen eine Konzentrierung der Flüchtlinge an einem Ort, mit allen Nachteilen für die Bewohner und für die Gemeinde, zu verhindern. Deshalb sehen wir den von der Verwaltung und der UDB favorisierten Standort an der Merödgener Str. kritisch, müssen ihn aber auch in Erwägung ziehen, da die Auswahl sofort verfügbarer Stellplätze sehr gering ist. Die Inanspruchnahme einer Turnhalle, wie vom Bürgermeister angedroht, ist aus unserer Sicht unnötig und dient als Druckmittel um den favorisierten Standort durchzusetzen. Richtig ist aber auch, dass wir nicht ewig Zeit für eine Entscheidung haben. Schließlich sind noch vorbereitende Maßnahmen notwendig. Für den Standort Merödgener Str. spricht der Vorschlag der Verwaltung, die Versorgungseinrichtungen nach Abbau der Mobilheime (Genehmigung gilt nur für 3 Jahre) für einen Wohnmobilplatz weiter zu nutzen.



„Grüne“ Bürgersprechstunde!

Wann? Jeden ersten Montag im Monat um 19.00 Uhr

Wo? Im Restaurant „Zum Olymp“ Talstr. 3, Inden-Lucherberg